

Mazedonien

Oliver Schwarz

Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen wurde Ministerpräsident Nikola Gruevski erneut in seinem Amt bestätigt. Er tritt damit die vierte Amtszeit in Folge an und setzt seine Arbeit mit dem bisherigen albanischen Koalitionspartner, der Demokratischen Union für Integration (DUI), weiter fort. Ebenfalls im Amt bestätigt wurde Gjorge Ivanov bei den parallel in Mazedonien stattfindenden Präsidentschaftswahlen. Trotz aller Kontinuität bleibt der politische Diskurs im Land extrem polarisiert. Auch der euroatlantische Integrationskurs Mazedoniens tritt unverändert auf der Stelle.

Innenpolitische Entwicklung

Am 5. März 2014 kam es in Mazedonien erneut zur vorzeitigen Auflösung des Parlaments. Ausschlaggebend war eine Differenz zwischen den beiden Koalitionspartnern über die Nominierung eines gemeinsamen Kandidaten für die regulär im April stattfindenden Präsidentschaftswahlen. Die VMRO-DPMNE hatte sich erwartungsgemäß hinter den amtierenden Staatspräsidenten Gjorge Ivanov gestellt, woraufhin die DUI vorgezogene Parlamentswahlen einforderte. Nach der Auflösung des Parlaments wurden daraufhin die Parlamentswahlen auf den 27. April, den Tag der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen, terminiert.¹

In der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen am 13. April setzten sich der von der VMRO-DPMNE unterstützte Amtsinhaber Gjorge Ivanov und sein sozialdemokratischer Herausforderer Stevo Pendarovski durch. Da keiner von beiden im ersten Anlauf 50% der Stimmen aller Wahlberechtigten auf sich vereinen konnte, war eine Stichwahl erforderlich. Diese konnte Gjorge Ivanov mit 55,28% der Stimmen für sich entscheiden. Stevo Pendarovski kam auf 41,14%. Trotz des von der DUI ausgerufenen Abstimmungsboykotts lag die Wahlbeteiligung bei der Stichwahl mit 54,36% deutlich über dem nötigen Mindestquorum von 40%.

Bei den parallel stattfindenden Parlamentswahlen betrug die Wahlbeteiligung 62,95%. Auch hier konnte die VMRO-DPMNE ihre Position als stärkste politische Kraft des Landes mit fünf zusätzlichen Sitzen behaupten. Die Partei von Ministerpräsident Nikola Gruevski erzielte insgesamt 61 der 123 Sitze des mazedonischen Parlaments und verfehlte damit die absolute Mehrheit nur knapp. Auch die DUI gewann vier Mandate hinzu und verfügt nun über 19 Sitze. Die stärksten Verluste musste die oppositionelle Sozialdemokratische Union von Mazedonien (SDSM) hinnehmen. Sie erzielte nur 34 Sitze. Zuvor war sie mit 42 Abgeordneten im Parlament vertreten. Die Demokratische Partei der Albaner (DPA) brachte es auf sieben Sitze (bislang acht). Die 2011 erstmals an den Parlamentswahlen teilnehmende Nationale Demokratische Wiedergeburt (NDP) errang ein Mandat (bislang zwei). Erstmals mit einem Sitz im Parlament vertreten ist die 2013 gegründete Bürgerliche Option für Mazedonien (GROM).²

Da es bei mazedonischen Wahlen in der Vergangenheit zu Unregelmäßigkeiten und sogar gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Todesfolge gekommen ist, begleiteten rund 610 internationale Wahlbeobachter das diesjährige Wahlgeschehen. Nach Ansicht der

1 Vgl. Czymmeck, Anja: Mazedonien vor Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, Skopje, März 2014.

2 Vgl. Czymmeck, Anja: Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Mazedonien, Skopje, April 2014.

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und des Europarates wurden beide Wahlen effizient durchgeführt.³ Gleichzeitig weist der Bericht der internationalen Beobachtermission jedoch daraufhin, dass Wahlberechtigte Einschüchterungsversuchen ausgesetzt waren und es keine ausgewogene Berichterstattung zu den Wahlen gab. Auch habe die Regierung staatliche Institutionen für den Wahlkampf missbraucht.

Die neue Regierung von Nikola Gruevski steht unverändert vor großen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Für das Jahr 2014 gehen die Prognosen der Europäischen Kommission von einem Wirtschaftswachstum in Höhe von 2,5% aus. Beim privaten Konsum wird ebenfalls ein Anstieg um 2,5% erwartet. Das größte strukturelle Problem Mazedoniens, das auch den Wahlkampf beherrschte, stellt die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit des Landes dar. Zwar geht die Kommission für 2014 von einer moderaten Senkung der Arbeitslosenquote auf 27,8% aus, die Jugendarbeitslosigkeit bleibt mit 50,3% jedoch weiterhin auf einen Besorgnis erregend hohem Niveau. Eine der wichtigsten politischen Herausforderungen der neuen Regierung besteht darin, wieder zu einem konstruktiven Dialog nicht nur zwischen den Ethnien, sondern auch zwischen Regierung und Opposition zurückzukehren. Der Wahlkampf der Parteien war dominiert von einer ethnisch polarisierenden Rhetorik. Zudem kündigte die sozialdemokratische Opposition unmittelbar nach den Wahlen an, die Ergebnisse nicht zu akzeptieren und verlangte eine Wiederholung der Parlamentswahlen. Wie bereits in der Vergangenheit zog sich die SDSM aus der Parlamentsarbeit zurück und setzt damit auf Obstruktion statt auf Opposition. Die Situation erinnert an die politische Krise Ende 2012. Nur aufgrund intensiver Vermittlungsbemühungen seitens der EU hatte die Opposition seinerzeit ihren Parlamentsboykott beendet und sich dazu bereit erklärt, an den Kommunalwahlen im März 2013 teilzunehmen. Es ist daher als ein positives Zeichen zu werten, dass Ministerpräsident Nikola Gruevski und der sozialdemokratische Oppositionsführer Zoran Zaev Ende Juni 2014 einer erneuten Vermittlung durch die EU ihre Zustimmung erteilt haben.⁴

Euroatlantische Integration

Im November 2013 empfahl die Kommission dem Ministerrat zum nunmehr fünften Mal in Folge, mit den Verhandlungen über einen EU-Beitritt Mazedoniens zu beginnen. Ansonsten würden beide Seiten vor „potenziell schwerwiegende Herausforderungen“ gestellt, so die Warnung der Kommission im Rahmen ihrer alljährlichen Beitrittsstrategie.⁵ Denn zum einen untergrabe der stagnierende Beitrittsprozess des Landes die Glaubwürdigkeit der gesamten EU-Erweiterungspolitik und zum anderen verhindere dieser die Nachhaltigkeit der Reformbemühungen Mazedoniens. Ungeachtet dieser gewichtigen Warnung erlebte Mazedonien jedoch auch den zehnten Jahrestag des Inkrafttretens des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) vom April 2004 ohne das lang ersehnte positive Signal des Rates. Insbesondere aufgrund des seit Beginn der 1990er Jahre anhaltenden griechisch-mazedonischen Namenstreits scheint Mazedonien der Weg sowohl in EU als auch NATO weiterhin versperrt. Es bleibt abzuwarten, inwieweit der zu Beginn des Jahres 2014 ausgebrochene Ukraine-Konflikt auch den Beitrittsprozess des westlichen Balkans dynamisieren kann. Viel wird davon abhängen, welche Person in den kommenden fünf Jahren das Amt des Erweiterungskommissars bekleiden wird.

3 OSCE: The former Yugoslav Republic of Macedonia, Presidential and Early Parliamentary Elections, 27 April 2014: Statement of Preliminary Findings and Conclusions, Skopje, 28.04.2014, S. 1.

4 Vgl. Marusic, Sinisa-Jakov: EU Mediation Proposed in Macedonia Political Row, in: Balkan Insight, 27.06.2014.

5 Europäische Kommission: Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen 2013-2014, COM(2013) 700 final/2, Brüssel, 19.11.2013, S. 21.